

»Rechte Preußen-Fans fühlen sich hier sehr wohl«

Potsdam: Initiative setzt Widerstand gegen Wiedererrichtung der Garnisonkirche fort. Kritik an Stiftung. Ein Gespräch mit Sara Krieg

Im wiederaufgebauten Turm der Potsdamer Garnisonkirche ist am Ostermontag mit der Kapelle der erste Teilbereich eröffnet worden. Ihre Initiative hat dagegen demonstriert und die »kirchliche Aufmachung« kritisiert. Was meinen Sie damit?

Die geplante Nutzung als Kirche wird oft als Argument für den Wiederaufbau herangezogen. Potsdam hat jedoch keinen Bedarf an einer weiteren Kirche. Jener Faktor wird auch betont, um einen Vertrauensvorsprung für die inhaltliche Arbeit zu erhalten, so als wäre die Kirche von Natur aus besonders qualifiziert, einen Gedenk- und Bildungsort zu betreiben. Das Gegenteil ist der Fall. Die Rechtsform der kirchlichen Stiftung entzieht zudem das Projekt der öffentlichen Kontrolle.

Die Garnisonkirche war nach dem Ende des Kaiserreiches eine Wallfahrtsstätte für Reaktionen und Militaristen. Und hier wurde im März 1933 der Pakt von Faschisten und Konservativen öffentlich besiegelt.

In der Weimarer Republik war die Garnisonkirche ein Hauptquartier nationalistischer, militaristischer, antisemitischer und demokratiefeindlicher Vereinigungen. Hier fand bereits im November 1919 eine große Gegenveranstaltung zur Weimarer Nationalversammlung statt, bei der rechte Weltkriegsverlierer sich auf den Kampf gegen die Demokratie einsworen. Beim »Tag von Potsdam« am 21. März 1933 war die Garnisonkirche Schauplatz der Machtübergabe von Reichspräsident Hindenburg an Adolf Hitler und wurde dadurch als »Geburtsstätte des Dritten Reiches« bekannt.

Der heutige Pfarrer der Kirche spricht von einem »deutlichen Bruch mit der Geschichte vor 1945«. Das ursprünglich in rechten Kreisen angestoßene Wiederaufbauprojekt sei den Initiatoren aus der Hand genommen worden und werde ein »Friedens- und Demokratiezentrum«. Wie sehen Sie das?

Warum überhaupt ein rechtes Projekt in die Hand nehmen? Das sind typische PR-Sätze der Stiftung. Sie hat jedoch ein Glaubwürdigkeitsproblem. Die erste Gelegenheit für einen Bruch wäre die Architektur gewesen. Friedensarbeit braucht keinen Turm, aber sie wollen den

Turm unbedingt originalgetreu wiederherstellen, inklusive Waffenschmuck. Dazu brauchte es das absolute Minimum eines inhaltlichen Konzepts, um Gelder einzuwerben.

Die Bildungsarbeit der Stiftung ist weit entfernt von den Standards renommierter Gedenkstätten. Die Abgrenzung von den rechtsextremen Initiatoren ist bestenfalls halbherzig.

Warum engagiert sich die bei anderen Gelegenheiten sehr um ein modernisiertes Image bemühte Evangelische Kirche bei dem Projekt so sehr?

Das Engagement der Evangelischen Kirche geht auf den ehemaligen Landesbischof und EKD-Rastvorsitzenden Wolfgang Huber zurück, der die Übernahme des Projekts maßgeblich vorangetrieben hat. Zu seinen Beweggründen kann ich nur spekulieren. Womöglich wollte er sich durch die »Konversion« der Garnisonkirche stellvertretend mit seiner eigenen NS-Familiengeschichte versöhnen. Im übrigen Kirchenumfeld sehe ich eine Mischung aus patriarchalen Machtdynamiken, Korpsgeist und Ignoranz. Das Eingeständnis eines Fehlers wäre ein zu großer Gesichtverlust.

Sie haben auch auf das Treffen von Faschisten und Konservativen in Potsdam im November hingewiesen. Droht die Stadt wieder zu einem Pilgerziel für Reaktionen zu werden?

Potsdam ist das bereits. Die Stadt ist ein beliebter Wohnort für die Alexander Gaullands und Kai Diekmanns dieser Welt. Erst kürzlich gründete eine kleine Männergruppe hier einen preußischen Traditionsverein. Die laufen mit maßgeschneiderten Uniformen aus der Kaiserzeit herum. Rechtskonservative Preußenfans fühlen sich hier sehr wohl und üben auch erheblichen Einfluss auf die Stadtentwicklung aus.

Die Teilrekonstruktion der Garnisonkirche fällt in eine Zeit, in der das Land wieder »kriegstüchtig« werden soll. Sehen Sie da einen Zusammenhang?

Das Wiederaufbauprojekt geht weiter zurück als die aktuelle Aufstellungsdebatte. Aber selbstverständlich war, ist und bleibt die Garnisonkirche ein Symbol der Sehnsucht nach einem kriegstüchtigen Deutschland.

Interview: Kristian Stemmler



Streik bei Olympia in Sicht.

Drei Monate vor Beginn der Olympischen Spiele in Paris erhöht die CGT den Druck auf die Regierung. Am späten Montag nachmittag demonstrierten Hunderte Gewerkschaftsmitglieder aus verschiedenen Branchen in der französischen Hauptstadt für bessere Arbeitsbedingungen während des Großereignisses. »Die Beschäftigten sollen auf ihren Sommerurlaub verzichten und ohne Lohnausgleich sonntags arbeiten«, sagte CGT-Generalsekretärin Sophie Binet vor den Demonstranten. »Das werden wir nicht zulassen!« Notfalls werde auch während der Spiele gestreikt. (jw)

Verklausulierte Drohungen

Eskalation zwischen Iran und Israel: USA zurückhaltend, China will vermitteln

Die Lage im Nahen und Mittleren Osten bleibt höchst angespannt: Der iranische Präsident Ebrahim Raisi bekräftigte am Dienstag, man werde auf jegliche Aktionen, die sich gegen iranische Interessen richteten, reagieren. Damit erinnerte er an vorherige Äußerungen hochrangiger Regierungsvertreter und des Oberbefehlshabers der Revolutionsgarden, man werde im Fall einer israelischen Reaktion »viel härter« zurückschlagen als in der Nacht zu Sonntag. Zuvor hatte am Montagabend der israelische Generalstabschef Herzl Halevi auf der Luftwaffenbasis Nevatim, die neben anderen Orten am Wochenende zum Ziel iranischer Drohnen- und Raketenangriffe geworden war, vor Soldaten eine – nicht näher definierte – israelische Reaktion angekündigt.

Auch Armeesprecher Daniel Hagari hatte sich entsprechend geäußert.

Laut einem Bericht des Fernsehsenders Channel 12 besprach das israelische Kriegskabinett am Montag in einer fast dreistündigen Sitzung mehrere Optionen, von denen einige sofort umsetzbar seien. Man wolle dem Iran schaden, aber gleichzeitig keinen umfassenden Krieg auslösen. Die USA, die im Jahr der Präsidentschaftswahl weder einen großen Krieg noch eine Verstärkung der Angriffe auf ihre Militärstützpunkte im Nahen und Mittleren Osten gebrauchen können, haben mehrfach kommuniziert, sich an einem möglichen Gegenschlag gegen den Iran nicht zu beteiligen. Etwas nebulös hatte der Kommunikationsdirektor des Nationalen Sicherheitsrats, John Kirby, am Montagabend erklärt, man werde den

Israelis »das Wort überlassen«. Für Dienstag nachmittag war eine weitere Sitzung des israelischen Kriegskabinetts angesetzt.

Während die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, die noch am Dienstag nach Israel reisen wollte, ein weiteres Mal einer Verschärfung des EU-Sanktionsregimes gegen den Iran das Wort redet, hat sich China daran gemacht, Möglichkeiten zur Deeskalation auszuloten. Wie die Nachrichtagentur Xinhua meldete, vereinbarten Außenminister Wang Yi und sein saudi-arabischer Amtskollege Faisal bin Farhan, zusammenzuarbeiten, um die Folgen des tödlichen israelischen Angriffs auf das iranische Konsulat in Damaskus am 1. April und die daraus resultierende Eskalation auf diplomatischem Wege zu lösen. Wiebke Diehl

■ Siehe Seite 7

NACHRICHTEN

Brüssel sieht Ukraine auf Reformweg – für mehr Geld

Brüssel. Die EU-Kommission hat für die Auszahlungen weiterer Gelder aus einem milliardenschweren Hilfsprogramm die dafür notwendigen Reformpläne der Ukraine gebilligt. Die Brüsseler Behörde bewerte »die umfassende Reform- und Investitionsstrategie« der Ukraine für die nächsten vier Jahre positiv, wie sie am Montag abend mitteilte. Die EU-Länder haben nun einen Monat Zeit, um grünes Licht für den Plan zu geben. Dann könnten den Angaben zufolge bis zu 1,89 Milliarden der insgesamt beschlossenen 50 Milliarden Euro als Vorfinanzierung fließen. (dpa/jw)

USA und Irak beraten Truppenpräsenz

Washington. US-Präsident Joseph Biden und Iraks Regierungschef Mohammed Schia Al-Sudani haben am Montag (Ortszeit) in Washington über die Zukunft der US-geführten Anti-IS-Militärkoalition beraten. Nach dem

Treffen lobten sie die in den vergangenen zehn Jahren erzielten »bedeutenden Fortschritte«. In weiteren Verhandlungen soll es um die anhaltende Bedrohung durch den »Islamischen Staat« gehen. Erst dann solle bestimmt werden, »wann und wie« die Präsenz der Koalition im Irak enden könne. Im Januar hatte Al-Sudani nach der Tötung eines Milizenführers durch einen US-Luftangriff noch erklärt, die Rechtfertigung für die Existenz der Koalition sei erloschen. (AFP/jw)

Betrugsermittlungen gegen René Benko

Wien. Gegen den Gründer der insolventen Signa-Gruppe, René Benko, wird in seiner Heimat Österreich wegen Kreditbetrugs ermittelt. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft teilte am Dienstag mit, dass gegen Benko, gegen eine weitere Person sowie gegen eine Signa-Gesellschaft Untersuchungen laufen. Dabei gehe es um den Verdacht von Betrug »aufgrund mutmaßlichen Vortäuschens der Zahlungsfähigkeit bei

der Verlängerung von Bankkrediten«, hieß es. Die Münchner Staatsanwaltschaft bestätigte Ermittlungen wegen Geldwäscheverdachts im Zusammenhang mit Signa. Benkos Anwalt wies alle Vorwürfe zurück. (dpa/jw)

Hamburg: Mann in Polizeigewahrsam gestorben

Hamburg. Ein 32-jähriger ist in Hamburg in Polizeigewahrsam gestorben. Er sei am Dienstag morgen von Beamten leblos in einer Sammelzelle in einer Polizeiwache im Stadtteil St. Georg entdeckt worden, teilte die Polizei in der Hansestadt mit. Wiederbelebungsversuche seien erfolglos geblieben. Hinweise auf ein Fremdvorschulden gebe es nicht. Bei dem Toten soll es sich um einen algerischen Staatsbürger handeln, der am späten Montag abend nahe dem Hauptbahnhof in Gewahrsam genommen worden sei. Laut Polizei bestand gegen ihn ein Aufenthaltsverbot. Am Dienstag morgen sollte er entlassen werden, habe aber nicht auf Ansprache reagiert. (dpa/jw)